**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 40 (1960-1961)
**Heft:** 4

**Rubrik:** Rundschau

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 16.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# RUNDSCHAU

## NIEDERLAGE WASHINGTONS IN JAPAN

Die *Absage der Japanreise Präsident Eisenhowers* unter dem Druck fanatisierter Demonstranten hat der Position Amerikas im Fernen Osten einen schweren Schlag versetzt. Die Spannung in Tokio ist zum Teil eine Folge des Fiaskos der Gipfelkonferenz und des damit verbundenen Kollapses der Besuchsdiplomatie; darum soll kurz an die Pariser Ereignisse von Mitte Mai erinnert werden.

Chruschtschew hatte an der *Ost-West-Konferenz* der vier Regierungschefs, die der Westen mit großer Sorgfalt vorbereitet hatte, alles Interesse verloren, als er angesichts der Festigkeit der Westmächte jede Aussicht auf Erfolg in der *Berliner Frage* schwinden sah. Auch interne sowjetische Vorgänge spielten eine Rolle bei der Preisgabe der Gipfelkonferenz. Der Zwischenfall mit dem amerikanischen Erkundungsflugzeug, das über der Sowjetunion zur Landung gezwungen worden war, wurde dramatisiert und als Vorwand für die Sprengung der Pariser Konferenz benützt. Chruschtschew verlangte von Eisenhower als Voraussetzung für Verhandlungen ein Schuldbekenntnis, das der Präsident nie hätte ablegen können. Vermittlungsversuche Macmillans und de Gaulles bei Chruschtschew scheiterten — die Konferenz erlitt Schiffbruch, bevor sie begonnen hatte. Auch Hinweise auf ungeschickte und widersprüchliche Washingtoner Maßnahmen und Erklärungen zum Luftzwischenfall ändern nichts an der Tatsache, daß Moskau zum vornherein auf ein Debakel in Paris abzielte.

Eisenhower hatte jedoch die *Fernostreise* als Reihe von Etappen der Heimkehr von Paris bereits geplant. Das Fiasko in Paris mußte das Programm in Mitleidenschaft ziehen: die Stationen in Manila, Taipeh und Söul waren zwar nicht gefährdet, dagegen der Besuch in Japan, wo durch die Ratifizierung des Sicherheitsvertrages mit Washington alle oppositionellen Kräfte in Bewegung gesetzt wurden. Washington geriet in eine *Zwangslage:* eine Absage des Besuchs nach dem Pariser Treffen wäre als Rückzug der USA und Kapitulation vor den Linkskräften in Japan ausgelegt worden.

Inzwischen spitzte sich die Lage in Tokio zu. Die Ratifizierung des *japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages* — er ist am 19. Juni in Kraft getreten — wurde von der sozialistischen Opposition als Kraftprobe mit der Regierung Kishi benutzt. Die Gewerkschaften mit ihren linksextremistischen Elementen eröffneten eine Kampagne mit Streiks und Demonstrationen, vor allem aber gingen die kommunistisch infiltrierten Studentenverbände als militante, kampfbereite Vorhut auf die Straße. Hinter den Kulissen schalteten sich *Moskau* und *Peking* mit neuen Instruktionen und massiven Geldmitteln ein. Diese Komplizenschaft *sozialistischer* Opposition und kommunistischer Regie, irregeleiteter studentischer Jugend im Verband Zengakuren und kurzsichtiger Apathie von Teilen der Bevölkerung und Beamtenschaft führte zu *blutigen Zusammenstößen* mit schwachen Polizeikräften. Die Demonstration gegen Eisenhowers Pressesekretär Hagerty, der mit einem Helikopter aus der drohenden Masse gerettet wurde, erscheint nachträglich als relativ harmloses Vorspiel. Eine Studentin, Tochter eines Professors, wurde bei dem Angriff auf den Reichstag von Demonstranten und anrückenden Polizisten zu Tode getrampelt. Angesichts dieser Bedrohung der staatlichen Sicherheit bat die Regierung Kishi den amerikanischen Präsidenten am 16. Juni um Aufschub seines Staatsbesuches.

Während Chruschtschew ungestört seine Reise nach Amerika und Frankreich abwickeln und auch als propagandistische

Plattform ausnutzen konnte, hat die kommunistische Führung mit Infiltration, Propaganda und einem Notenkrieg die Absage der Japanreise Eisenhowers herbeizuführen vermocht! Japankenner mögen einräumen, daß in dem Inselreich besondere Bedingungen eine Rolle spielten: Japan, das als einziges Land von Atombomben belegt worden war, hat eine starke pazifistische Bewegung, die unter General MacArthur gefördert wurde; Ministerpräsident Kishi ist in weiten Kreisen unpopulär; eine latent *antiamerikanische Strömung* ist zum Ausbruch gekommen, über die sich vor allem die Amerikaner nie genügend Rechenschaft gegeben hatten. Dies ändert weltpolitisch gesehen nichts daran, daß der von Moskau geführte kalte Krieg — auch die «friedliche Koexistenz» war eine seiner Formen — dem Westen eine Schlappe bereitet hat.

### *Ende der Herrschaft Syngman Rhees*

Ein Vorbild für die japanischen Studenten waren offensichtlich die Demonstrationen der *südkoreanischen Studenten*, die am 26. April zum Sturz des 86jährigen Präsidenten geführt hatten. Rhee verkörperte einst den Unabhängigkeitskampf Koreas gegen Japan und leitete später, unterstützt von amerikanischen Truppen, den Widerstand gegen den kommunistischen Überfall aus Nordkorea. In den letzten Jahren überspannte er jedoch zunehmend seinen *autokratischen Regierungskurs*. Mit den manipulierten Wahlen vom März löste er den offenen Widerstand der Studenten aus. Statt nach den ersten Protestdemonstrationen einzulenken, ließ er die Polizei mit brutaler Gewalt gegen die akademische Jugend vorgehen. Washington gab seine Zurückhaltung auf und verurteilte die Gewaltmethoden des Regimes. Die Opposition schwoll an, und dem Rücktritt Syngman Rhees als Präsident der Republik und Chef der Liberalen Partei folgte der Sturz seiner Anhänger, Gefolgsleute und der Nutznießer der Herrschaft. Die Familie des Vizepräsidenten *Lee Ki Poong*, dessen Sohn von Rhee adoptiert worden war, schied gemeinsam aus dem Leben. Ende Mai begab sich Syngman Rhee freiwillig ins Exil nach Hawaii.

Dem Ende des autokratischen Regimes folgte eine *Säuberung* der Verwaltung. Eine große Anzahl von Politikern wurde verhaftet. Am antikommunistischen Kurs der südkoreanischen Innen- und Außenpolitik hat sich nichts geändert; aber die Normalisierung der Lage nach der langen Herrschaft Syngman Rhees wird Zeit in Anspruch nehmen.

### *Staatsstreich in der Türkei*

In der Nacht vom 26. auf den 27. Mai übernahmen in der Türkei Offiziere unter der Führung von General *Cemal Gürsel*, Chef des Generalstabes der Armee, überraschend und ohne Kampfhandlungen die Macht. Ein Expertenkabinett unter Führung Gürsels wurde eingesetzt, das seine Treue zur Nato und zum Cento, dem früheren Bagdadpakt, bekräftigte. Präsident *Bayar*, Ministerpräsident *Menderes*, viele Minister und weitere Politiker der demokratischen Partei sind auf der Insel Yassi Ada im Marmarameer interniert worden. Sie sollen alle vor Gericht gestellt werden. Unter Menderes verurteilte Journalisten verließen die Gefängnisse, und die vielen wegen ihrer Kritik am früheren Regime verbotenen Blätter erscheinen wieder.

Das Vorspiel des Staatsstreichs bildeten *Studentendemonstrationen*, in denen gegen die Unterdrückung der demokratischen Freiheiten protestiert und eine Rückkehr zu der Doktrin Kemal Atatürks, des Gründers der modernen Türkei, gefordert wurde. Das Regime verriet seine Unsicherheit, indem es mit brutalen Einsätzen der Polizei und mit dem Aufmarsch von Armee-Einheiten reagierte, und zwar vor und während der Konferenz des Atlantikpakts in Istambul. Menderes' hemmungslose Ausschaltung der Opposition — Präsident Bayar hegte zudem eine persönliche Feindschaft gegen Ismet Inönü, den angesehenen Führer der oppositionellen Republikaner —, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes und der geplante Besuchsaustausch Menderes' mit Chruschtschew beschleunigten den Staatsstreich.

Das *Komitee der nationalen Einheit*, das vor allem von Offizieren mit Gürsel an der Spitze gebildet wird, ist heute Träger der Macht. Eine provisorische Verfassung ist ausgearbeitet worden; der Termin für *Neuwahlen* wird aber immer mehr hinausgeschoben. Bei skeptischen Beobachtern verstärkt sich der Eindruck, daß die Offiziere ihre Mission nicht als Wiederhersteller der verfassungsmäßigen Rechte erfüllt sehen und in ihre Kasernen zurückkehren, sondern weiter im politischen Leben aktiv sein wollen.

*Schwächung der freien Welt?*

Die kommunistische Propaganda stellt in diesen Wochen die Umstürze in Südkorea und in der Türkei in *eine* Reihe mit ihrer alten Forderung auf Regimewechsel in Tokio, Bonn und Madrid. In Ostberlin heißt ein Slogan nach der Absage des Eisenhower-Besuchs in Tokio: «Mit Adenauer japanisch reden.» Moskau hofft auf Kettenreaktionen, durch die eine Position nach der andern aus der westlichen Allianz herausgebrochen würde. So wird um die neuen Führer in Ankara geworben, obwohl es keine Anhaltspunkte gibt, daß die Türkei ihre Bindung an die westliche Allianz zu lockern gedenkt. Während in Japan die sozialistische Opposition leider ins kommunistische Fahrwasser geraten ist und Moskau nun alle Hebel ansetzt, um einen Umsturz herbeizuführen, halten die südkoreanischen Studenten und Politiker an ihrer Verbindung mit Amerika fest. Der begeisterte Empfang Eisenhowers in Söul bestätigt dies. Die Regierungswechsel und Veränderungen in den Staaten außerhalb des sowjetischen Blocks dürfen deshalb nicht *grosso modo* als Schwächung der freien Welt verstanden werden.

*Wandlungen in Afrika*

Präsident de Gaulles *Einladung an die algerische Exilregierung* für Verhandlungen, um dem blutigen Krieg in Algerien ein Ende zu setzen, dürfte Erfolg versprechen. Der tunesische Präsident Bourguiba und der König von Marokko mahnen die Exilregierung zum Einlenken. In Frankreich schloß sich die Opposition gegen die Algerienpolitik de Gaulles zusammen. Bidault, Soustelle, der frühere sozialistische Algerienminister Robert Lacoste und der ehemalige Ministerpräsident Bourgès-Maunoury gehören zu den Befürwortern einer Integration Algeriens.

Gleichzeitig geht im schwarzen Afrika der Prozeß des Selbständigwerdens neuer Gebiete weiter. Die *Mali-Föderation*, einst französisches Territorium, wurde unabhängig. Im *Kongo* — am 30. Juni verläßt er die Obhut Belgiens — kämpften die eingeborenen Parteiführer Lumumba und Kasavubu um die Führung des neuen Staates, dem mit seiner Größe und seinen Bodenschätzen im künftigen Afrika eine wichtige Rolle zukommen wird. Jetzt ist Lumumba vom belgischen Residierenden Minister im Kongo mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

*Picus*

## CHRUSCHTSCHEW — SCHÖPFER UND ZERSTÖRER DER GIPFELDIPLOMATIE

Das Pariser Fiasko der Konferenz der großen Vier scheint nicht nur eine zeitweilige Pause in den Begegnungen dieser Art zur Folge zu haben, sondern eine Abkehr von der Gipfeldiplomatie, die der müden Welt wenn nicht einen ewigen Frieden, so doch mindestens einen dauernden Waffenstillstand zwischen Ost und West hätte bringen sollen. Vor allem liegt ein Rückzug der sowjetrussischen Politik vor, denn die westlichen Staatsmänner haben lange Zeit die Moskauer Reklame dieses neuen Heilmittels mit Mißtrauen betrachtet. Chruschtschew mußte viele Tricks anwenden, bis er die Barrieren des gesunden

Skeptizismus unter seinen Kontrahenten zu überwinden vermochte. Ob er sich bei der Anpreisung der Gipfeldiplomatie an die Vorbilder der Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam erinnerte, mit denen Stalin nicht schlecht gefahren ist, oder sogar an die Erfolge Hitlers dachte, als dieser durch das Treffen in München den Westmächten einen irreparablen Schaden zugefügt hatte, sei dahingestellt. Vermutlich handelte es sich bei Chruschtschew um eine selbständige Konzeption, denn, abgesehen von den grundsätzlichen Merkmalen eines totalitären Regimes, bei dem der kommunistische Parteiführer auch die oberste Gewalt über die Außenpolitik des Landes inne hat, dürften dabei die Überzeugung von der eigenen Genialität und die gewaltige Dynamik, die Chruschtschew zu immer neuen Aufgaben und Experimenten treibt, ausschlaggebend gewesen sein. Nur als Nebenprodukt scheint die Geringschätzung, mit der er die Arbeit der Berufsdiplomaten, vor allem des eigenen Außenministers Gromyko betrachtet, den Entschluß Chruschtschews, sich mit den westlichen Regierungschefs zu arrangieren, mitbestimmt haben.

### *Ein halbes Dutzend Konferenzen*

Das Debakel von Paris schließt eine ganze Periode in den Ost-West-Beziehungen ab, die sich aus den Bemühungen der Sowjetunion nach dem Tode Stalins um die Anerkennung des Status quo, das heißt um die ausdrückliche Bejahung der kommunistischen Eroberungen nach dem zweiten Weltkrieg seitens des Westens ergab. Der erste Versuch wurde in der Zeit vom 25. Januar und dem 18. Februar 1954 in Berlin unternommen. Es war ein merkwürdiges Treffen, denn unweit des Potsdamer-Platzes — einer Scheidewand zwischen zwei Systemen und Welten — trafen sich im frostigen Winter Diplomaten, Experten und Journalisten, welche fünf Jahre lang zuvor an einem der größten Propaganda- und Nervenkriege der Geschichte beiderseits der Frontlinie teilgenommen hatten. Mit sicherer Hand eines geübten «Njet-Sagers» hat Molotow dieses Treffen vor allem in der deutschen Frage in eine Sackgasse geführt.

Immerhin ist in Berlin der diplomatische Faden nicht abgerissen und daraus entstand die Asienkonferenz in Genf, die vom 26. April bis zum 21. Juli 1954 dauerte und als deren Ergebnis der Waffenstillstand in Indochina und folglich eine Status-quo-Lösung in Asien, nämlich in Korea und in Vietnam, vereinbart wurde, welche ähnlich wie die Teilung Deutschlands die politischen und militärischen Ost-West-Grenzen absteckte.

Ein Jahr später wurde das erstemal nach Potsdam und das letztemal vor Paris 1960 das Gipfeltreffen in Genf (vom 18. bis zum 23. Juli 1955) vorexerziert. Chruschtschew war damals noch kein Herrscher Rußlands, aber er besaß bereits soviel Einfluß und Entschlußkraft, daß er die von Bulganin eingegangenen Verpflichtungen zur Abhaltung der freien Wahlen in Deutschland auf dem Rückwege von Genf bei einer Station in Ostberlin kurzerhand für ungültig erklärte. Angesichts einer solchen brutalen Intervention Chruschtschews wurde der viel gepriesene Geist von Genf in ein Nichts verwandelt. Infolgedessen endete die nächste Außenministerkonferenz, die an dem gleichen Verhandlungsort vom 27. Oktober bis zum 4. November 1955 stattgefunden hatte, ergebnislos.

Die revolutionären Wirren in den Ostblockstaaten und sodann die Machtkämpfe im Kreml haben dazu geführt, daß in den ost-westlichen Negotiationen eine längere Pause eingelegt wurde. Zwar lancierte Chruschtschew bereits kurz nach der Übernahme der absoluten Macht im Jahre 1957 die Ideen einer neuen Gipfelkonferenz, aber seine Vorschläge waren derart nebelhaft und unpräzis, daß die Westmächte keinen zwingenden Grund sahen, sich mit dem Kremlgewaltigen an einen Verhandlungstisch zu setzen. Außerdem wurden die Bemühungen Chruschtschews bereits im Spätsommer 1958 durch die chinesischen Verbündeten Sowjetrußlands durchkreuzt. Erst die Zuflucht des Diktators zu der Erpressungsmethode in der Form des Berlinultimatums sicherte ihm zunächst die Abhaltung einer neuen Genfer Außenministerkonferenz zu (vom 11. Mai bis zum 20. Juni und vom 13. Juli bis zum

5. August 1959) und dann die Periode der Gipfelbesuche, an deren Ende die Einberufung des Pariser Treffens stand. Der Epilog dieser Konferenz, von deren Wunderwirkung die sowjetrussische Propaganda monatelang die ganze Welt überzeugen wollte, und die nie stattgefunden hat, weil sie wenige Minuten nach der Eröffnung von Chruschtschew torpediert wurde, ist allgemein bekannt. Mit anderen Worten, man steht heute genau dort, wo man vor der Einberufung der ersten Ost-West-Konferenz nach dem Tode Stalins 1954 stand.

*Die Fehlrechnung des Diktators*

Durch seinen Amerika-Besuch und später durch die «Tour de France» hat Chruschtschew den ersehnten Weg der Gestaltung der Außenpolitik Sowjetrußlands mit Hilfe der unmittelbaren Kontakte mit den Regierungschefs der Westmächte betreten. Es scheint jedoch, daß Chruschtschew seine politischen und intellektuellen Qualifikationen gewaltig überschätzt hatte. Man darf nicht vergessen, daß der sowjetrussische Ministerpräsident eigentlich über recht geringe Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügte. Im Grunde genommen stützte er sich auf die Eindrücke, die er im Laufe der häufigen Gespräche mit den Partei- und Regierungschefs der Satellitenstaaten sammeln konnte, was im Resultat, infolge der ungleichen Position Chruschtschews und seiner Gesprächspartner, wahrscheinlich bei Chruschtschew noch mehr dazu beitrug, daß er seine diplomatischen Fähigkeiten zu hoch bewertete. Der zweifellos errungene Erfolg während des Besuchs in den USA und der unklare Kurs in der Politik Eisenhowers nach den Gesprächen von Camp David haben vermutlich bei Chruschtschew noch mehr als bisher das Gefühl gestärkt, daß er auf der kommenden Gipfelkonferenz die westlichen Staatsmänner einen nach dem anderen überspielen werde. Gewisse Ansatzpunkte hinsichtlich der britischen Politik waren bei Chruschtschew, auf Grund seiner Gespräche mit Macmillan in Moskau, ebenfalls vorhanden. Die unbekannte Position bildete allerdings General de Gaulle.

Chruschtschew soll seine Berechnungen, das heißt Fehlspekulationen, in einem sehr engen Mitarbeiterkreis vorgenommen haben, auf alle Fälle ohne den chinesischen Partner zu konsultieren. Sie behielten ihre Gültigkeit nur bis zum Besuch des Diktators in Frankreich. Nach den Gesprächen mit de Gaulle war er sich im steigenden Maße über die kommenden Schwierigkeiten im klaren.

*Was wird er tun?*

Als einige Wochen vor dem Pariser Termin die Solidarität des Westens in allen zur Debatte stehenden Fragen auch für Chruschtschew nicht angezweifelt werden konnte, muß er den Entschluß gefaßt haben, die Abhaltung der Konferenz zu verhindern. Denn ein Erfolg konnte nur auf dem Wege der gegenseitigen Konzessionen erreicht werden. In einer solchen Situation hätte Chruschtschew entweder mit einem Prestigeverlust oder sogar mit einer ideologischen Opposition im eigenen Hause rechnen müssen. So hat er die Torpedierung des Gipfeltreffens als den einzigen Ausweg gewählt, wobei ihm der Zwischenfall mit dem amerikanischen Flugzeug wie das Mannah vom Himmel fiel.

Dennoch scheint es, daß trotz des Debakels von Paris der endgültige Kurs in der sowjetrussischen Außenpolitik für die nächste Zukunft noch nicht festgelegt wurde. Alle Äußerungen Chruschtschews seit der berüchtigten Pressekonferenz in Paris erwecken den Eindruck, der sowjetrussische Diktator habe sich in den von ihm selbst aufgestellten Fallen verfangen und wisse jetzt nicht recht, wie er sich wieder daraus befreien soll. Das kommunistische China übt ständig einen massiven Druck aus, um den Kremlgewaltigen zu einer radikalen Umkehr in den Beziehungen mit dem Westen zu bewegen, im Sinne eines scharfen kalten Krieges und mit der Absage jeglicher Koexistenzexperimente. Wie der jetzt ausgebrochene ideologische Streit zwischen Moskau und Peking beweist, wehrt sich Chruschtschew gegen eine solche prinzipielle Wende, die den Rückschlag auch für die ambitiösen wirtschaftspolitischen Pläne Sowjetrußlands bringen würde, weil sie die Ausgaben für die neuen Waffen, den

vermehrten Propagandakrieg und folglich auch für den gesamten Überwachungsapparat mit dem Spitzelsystem der Geheimpolizei und schließlich die Minderung der Initiative der sowjetrussischen Massen in dem Wirtschaftsprozeß zur Folge hätte.

In der Taktik Chruschtschews sieht man einzelne Elemente, die zu dem Gedanken verleiten, daß der Kremlherrscher mit Hilfe eines umfassenden Ausweichmanövers die Gespräche mit dem Westen unter anderen Vorzeichen, aber mit dem alten Ziel wieder aufnehmen möchte. Deshalb will er die Brücken zu Frankreich und Großbritannien nicht abbrechen lassen und deswegen kokettiert er mit den Demokraten in den USA, in der Hoffnung, sie könnten einen neuen Präsidenten stellen, mit dem er den toten «Geist von Camp David» wieder beleben könnte. Ziemlich deutlich ändert Chruschtschew auch die Richtung der späteren Offensiven, indem er sich aus dem Engagement in Deutschland und in Berlin zurückzieht, um dann eines Tages eine neue Traktandenliste für die Verhandlungen mit den Westmächten zu entwerfen.

Dennoch ist es zu früh, um schon heute Prognosen aufzustellen, welche von den beiden Möglichkeiten, das heißt entweder der Rückschlag zu einem scharfen kalten Krieg oder die Wiederaufnahme der Methode des Gipfeltreffens nach Ablauf einer geraumen Zeit und nach den entsprechenden Umdisponierungen, von Chruschtschew ergriffen wird. Vorläufig befindet sich die Außenpolitik Moskaus im Fluß und ist von vielen Faktoren abhängig, nicht zuletzt vom Ausgang der ideologischen Kontroverse mit Rotchina, einer Kontroverse, die die zentralen Fragen der Koexistenztaktik Chruschtschew betrifft.

*Alexander Korab*

## BEGEGNUNG MIT EINER JUNGEN ELITE AUS ENTWICKLUNGSLÄNDERN

«Die Entwicklungsländer erwachen mit unheimlicher Geschwindigkeit. Mit der Gewährung der staatlichen Souveränität ist es nicht getan. Vielmehr muß sich auch unsere Einstellung ihnen gegenüber wandeln. Wir müssen sie als gleichberechtigte Partner anerkennen und ernst nehmen. Das sollte sich vordringlich in den Beziehungen zu den Vertretern der jungen Völker zeigen, die in Europa studieren.»

Diese Überzeugung hatten die Teilnehmer an der Aktion «Wahret die Freiheit» anläßlich des kommunistischen Weltjugendfestivals in Wien im Sommer 1959 gewonnen. Als erste praktische Konsequenz aus dieser Erkenntnis fand im Frühjahr 1960 ein Seminar statt, an dem rund 45 Schweizer aus allen Teilen des Landes die gleiche Zahl hier studierender Vertreter aus 21 Entwicklungsländern kennenlernten. In der ländlich abgeschiedenen Atmosphäre von Hof Oberkirch bei Kaltbrunn SG kam es zu einer intensiven geistigen Begegnung, aus der beide Seiten großen Gewinn zogen. Ermöglicht wurde dieses Seminar dank der großzügigen Unterstützung, welche die organisierenden Studenten durch das *Redressement National* (Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau) erhielten, das nicht nur die Finanzierung, sondern auch die Organisation des Rahmenprogrammes übernahm.

### *Programmgestaltung*

Um für die Diskussion eine gemeinsame Basis zu schaffen, behandelten jeweils am Vormittag kompetente Referenten einen Aspekt der Schweiz, um daran anschließend den zahlreichen Fragestellern aus dem Auditorium Red und Antwort zu stehen. Um das politische Leben der Schweiz verständlich zu machen, stellte Herr *Frank Bridel*, Bundesstadtredaktor der «Tribune de Genève», die schweizerische Ausprägung des Föderalis-

mus, der Demokratie und der Neutralität anschaulich dar. Herr Direktor *Hummler*, unser «Arbeitsminister», erklärte den Gästen unsere Wirtschaftsverfassung, die von der Initiative des Einzelnen ihre maßgeblichen Impulse erhält, so daß der Staat nur subsidiär tätig werden muß. An die Gäste gewandt gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß die jungen Völker unsere Investitionsbereitschaft durch eigene Anstrengungen, insbesondere aber durch Loyalität in den Wirtschaftsbeziehungen verdienen und aufrechterhalten müßten. Über die kulturellen Aspekte der Schweiz sprach Herr Dr. *Guggenbühl*, Herausgeber des «Schweizerspiegels», der aufzeigte, daß wir eine vornehmlich politische Kultur besitzen.

Die Nachmittagsstunden waren der Gruppendiskussion vorbehalten. Die Themen des Vormittags wurden auf die in der Gruppe vertretenen Entwicklungsländer übertragen und vertieft. Diese Konfrontation eröffnete Gästen wie Schweizern hochinteressante neue Perspektiven. Auch während den Mahlzeiten und in den seltenen Pausen wurde mit Eifer weiterdiskutiert.

Und doch lag der Wert dieses Seminars nicht einfach in der Summe der Gespräche. Vielmehr hat sich in den Tagen von Hof Oberkirch zwischen allen Teilnehmern ein dauerndes Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, aus dem ein Programm zur Weiterführung der Kontakte in den Schweizer Universitätsstädten heranwuchs, das bereits in Verwirklichung begriffen ist.

### *Rahmenprogramm*

Zur Bildung dieser kameradschaftlichen Bande trug das reich befrachtete Rahmenprogramm des Seminars wesentlich bei. Dieses begann am Eröffnungstag mit einer Bootsfahrt von Schmerikon nach Uerikon, wo bei einer Raclette im Rittersaal bald eine gehobene Stimmung herrschte. Am Mittwochabend war der Kurs Gast der Stadt Rapperswil im festlich beleuchteten Schloß. Der ganze Donnerstagnachmittag war Industriebesichtigungen in der näheren Umgebung gewidmet. Besonders die Gespräche zwischen den Gruppen und den gastgebenden Unternehmern beim Nachtessen vermittelten den Gästen Einblick in die sozialen Funktionen der freien Unternehmer, insbesondere in ländlichen Verhältnissen. In einem Landsitz am Zürichsee fand am Freitagabend ein wohlgelungener Tanzabend statt, bei dem unsere indonesischen und indischen Gäste folkloristische Einlagen zum besten gaben. Besondere Höhepunkte brachte das abschließende Wochenende: Nach einem Besuch im Pestalozzidorf Trogen am Samstagnachmittag sprach am Samstagabend im Kursaal Heiden Herr Bundesrat *Wahlen* zum Kurs, und am Sonntagmorgen wohnten wir der außerrhodischen Landsgemeinde mit ihrem altehrwürdigen Ablauf bei.

### *Bundesrat Wahlen spricht*

Der hohe Gast, dessen Persönlichkeit und Ausstrahlung das Auditorium vom ersten Moment an in ihren Bann schlugen, freute sich sichtlich an der Begegnung mit einem so internationalen Publikum, das ihn an seine weltweite Verantwortung in der FAO erinnert haben mag. Er behandelte vor allem die Frage, was die Gäste von der schweizerischen Demokratie, die sie im Seminar näher kennengelernt hatten, in ihre Heimat mitnehmen sollten, was andererseits zu sehr von unseren spezifischen Gegebenheiten abhänge, als daß es sich «exportieren» ließe. Letzteres treffe von unserer Form der direkten Demokratie zu, während er wünschen möchte, daß es ihnen gelinge, ein Regierungssystem zu entwickeln, das eine möglichst starke Teilnahme der Bürger an der staatlichen Willensbildung mit möglichster Stabilität und Autorität der Regierung verbinde. Nachahmenswert sei dabei unser Beispiel in der Behandlung der Minderheiten, denen wir nicht bloß zugeständen, was ihnen von Gesetzes wegen zukomme, sondern ein wenig mehr.

Er wandte sich dann «dem größten Abenteuer unseres Jahrhunderts» zu, der Schaffung einer besseren Welt, der Entwicklungshilfe in all ihren Formen. Dabei legte er ein Bekenntnis ab zu den privaten — und deshalb automatisch Rendite versprechenden — Investitionen und zum Grundsatz

«trade not aid». Sinnvolle Entwicklungshilfe bringe immer beiden Seiten Gewinn. Voraussetzung dafür sei aber ein Klima des Vertrauens, weshalb Bemühungen um gegenseitiges Verständnis so wichtig seien.

Anschließend an den Vortrag beantwortete der Referent die vielfältigsten Fragen der Gäste mit eindrücklicher Sachkenntnis. So drückte dieser Abend dem ganzen Seminar recht eigentlich den Stempel auf.

*Die Entwicklungsländer und der Kommunismus*

In den Gesprächen wie in den Voten am Samstagmorgen, an dem die Gäste sie besonders interessierende Fragen aufgreifen konnten, schälte sich klar heraus, daß die Vertreter der jungen Staaten dem Kommunismus gegenüber eine völlig andere Einstellung haben als wir. Für sie ist der Ostblock eine wahlweise Quelle für Hilfe und eine Methode für den ökonomischen Fortschritt, während ihnen die Ideologie durchaus sekundär erscheint. Westliche Suprematie haben sie in der kolonialen Vergangenheit am eigenen Leibe verspürt und bekommen sie in den verbliebenen Kolonien zu sehen, leider nicht aber die vom Ostblock ausgehenden Gefahren. Ein Vertreter der Federation Mali drückte sich so aus:

«La lutte Est-Ouest n'est nôtre que dans la mesure où elle peut troubler la paix. Je pense que nous ne sommes pas obligés de choisir entre les deux blocs car nous avons nos propres valeurs morales qui peuvent nous dispenser d'importer une idéologie. D'autre part nous avons des objectifs plus impérieux pour nous qu'une lutte d'influence; en effet notre développement économique et par là même l'élévation de notre niveau de vie doit être notre premier souci.» Durch die Annahme kommunistischer Hilfe fühlen sich die Entwicklungsländer in ihrer Entscheidungsfreiheit nicht beengt, besonders die afrikanischen. «Nous ne sommes pas à vendre», sagte einer unserer Gäste in diesem Zusammenhang.

Aus diesem Grunde hatten von unserer Seite alle Versuche zu unterbleiben, unseren Gästen die aus dem Osten drohenden Gefahren auszumalen, sie zu warnen und aufzuklären. Zwar verübelten sie es uns in keiner Weise, wenn wir, kam die Rede auf diesen Punkt, für unser Land den Kommunismus vorbehaltlos ablehnten. Für sich aber beanspruchten sie die uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit über die Annahme von Hilfe und die Wahl von Staatsform und Wirtschaftsmethoden. Unsere Arbeit mußte sich in dieser Richtung also darauf beschränken, Verständnis für unsere Institutionen und die dahinterstehenden Leitbilder und Ideen zu wecken und gemeinsam nach undoktrinären Lösungen für die Zukunftsprobleme der Entwicklungsländer zu suchen. Dennoch sind wir überzeugt, daß die Teilnehmer an diesem Seminar ein anderes Verhältnis zu ihrem Gastland gewonnen haben und daß die vielen freundschaftlichen Bande zu Schweizern sie gegenüber den Lockungen aus dem Osten immuner machen.

*Die Fortführung der Kontakte*

Es war der einhellige Wunsch aller Teilnehmer, die Verbindungen nach dem Seminar nicht abreißen zu lassen. Darum wurde ein Programm ausgearbeitet, das die Schaffung dauerhafter Kontaktgruppen in allen schweizerischen Universitätsstädten vorsieht, um Schweizer mit Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern auch im Alltag regelmäßig zusammenzubringen. Diese Gruppen, die in fünf Universitätsstädten im Aufbau oder Ausbau begriffen sind und sich um den Kern der Teilnehmer von Hof Oberkirch herum gruppieren, wollen mit den lokalen Studentenorganisationen zusammenarbeiten. Sie bezwecken neben der Ermöglichung dauernder Kontakte, auch mit Schweizer Familien, die Schaffung einer Empfangsorganisation, welche neu ankommenden Gästen aus Übersee bei der Zimmersuche und Akklimatisation behilflich sein soll. Außerdem ist von diesen Gruppen die schweizerische Öffentlichkeit zielgerichtet mit den Problemen der Entwicklungsländer vertraut zu machen.

Im weiteren hat eine provisorische Zentrale ihre Arbeit bereits aufgenommen, von der in erster Linie der Ideenaustausch zwischen den Gruppen und eine Koordination

der verschiedenen Bemühungen zu erzielen sein wird. Bei dieser Arbeit wird besonderer Wert darauf gelegt, daß die fruchtbare und reibungslose Zusammenarbeit zwischen Deutschschweizern und Romands weitergehe, die das Seminar gekennzeichnet hatte.

So darf man schon heute sagen, daß vom Seminar in Hof Oberkirch wertvolle Impulse ausgegangen sind, die bestes Zeugnis für das Gelingen dieses ersten gesamtschweizerischen Versuches ablegen und seine Wiederholung unbedingt erheischen.

*Ullin Streiff*

## DIE WIRTSCHAFTSBERICHTE EISENHOWERS

Der *Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika* pflegt bei Beginn jedes Jahres vom Weißen Haus aus einen Bericht an den Kongreß zu richten (in der Schweiz würde man sagen: eine Botschaft an die Bundesversammlung), der den Zweck verfolgt, dem Parlament und der Öffentlichkeit eine Gesamtdarstellung der wirtschaftlichen Situation und der Wirtschaftspolitik des Landes zu vermitteln. Diese *Wirtschaftsberichte* — Economic Reports of the President — beruhen auf Arbeiten des «Council of Economic Advisers», eines Expertengremiums, das sich aus führenden Nationalökonomen zusammensetzt[1].

Die zwischen 200 und 250 Seiten umfassenden Berichte sind zum Teil *retrospektiv*, indem sie die im vergangenen Kalenderjahr eingetretene wirtschaftliche Entwicklung Revue passieren lassen, zum Teil blicken sie aber in die *Zukunft;* sie enthalten das für die Wirtschaftsgesetzgebung im neuen Kalenderjahr vorgesehene Programm sowie einige Prognosen für den mutmaßlichen Konjunkturablauf. In einem Anhang werden vom «Council of Economic Advisers» ausgewählte wirtschaftliche Fragen wie die Preisentwicklung, die Lage der Staatsfinanzen oder die amerikanische Handels- und Ertragsbilanz vom grundsätzlichen Standpunkt aus behandelt. Gegen die Hälfte der Publikation besteht aus Tabellen und graphischen Darstellungen.

In der Schweiz sind im Verkehr zwischen Bundesrat und Bundesversammlung derartige, das gesamte Wirtschaftsgeschehen und die gesamte Wirtschaftspolitik umfassende Botschaften nicht üblich. Zwar enthält der jährliche Geschäftsbericht des Bundesrates für denjenigen, der sich darin zurechtfindet, sehr interessante Angaben über die verschiedensten Gebiete der Wirtschaftspolitik (Agrarpolitik, Außenhandelspolitik, Finanzpolitik etc.), aber sie sind im Gegensatz zu den Berichten des amerikanischen Präsidenten nicht nach zusammenfassenden ökonomischen Gesichtspunkten gegliedert. Aufschlußreich sind in der Schweiz ebenfalls die jährlich zweimal erscheinenden «Berichte über die wirtschaftlichen Maßnahmen gegenüber dem Ausland»; sie behandeln aber ausschließlich das wichtige Gebiet der Außenhandelspolitik. Die allgemeine Wirtschaftslage wird sodann — nicht jährlich, wohl aber quartalsweise — in den Berichten der Eidg. Konjunkturbeobachtungskommission analysiert, die jedoch nicht den Charakter von Botschaften an das Parlament haben. Dem «Council of Economic Advisers» scheinen bis zu einem gewissen Grade ähnliche Funktionen zuzukommen wie dieser schweizerischen Kommission.

Die amerikanische Methode einer zusammenfassenden Wirtschaftsbotschaft hat zweifellos den Vorteil, daß sie die Regierungsstellen jedes Jahr zwingt, immer wieder von neuem ihre *wirtschaftspolitische Konzeption im Gesamtzusammenhang* zu überdenken. Dies

[1] Economic Report of the President transmitted to the Congress January 20, 1959, United States Government Printing Office, Washington. — Economic Report of the President transmitted to the Congress January 20, 1960, United States Government Printing Office, Washington.

kann von Nutzen sein, wenn man weiß, wie schwierig es in jeder ausgedehnten Administration ist, den Kontakt und die Koordination zwischen den einzelnen Dienststellen auch nur einigermaßen sicherzustellen. Gesetzesvorlagen, welche die Sozialversicherung oder die Landwirtschaft oder den Wohnungsbau betreffen, sollten beispielsweise nicht den Erfordernissen einer vernünftigen Konjunktur- und Preispolitik widersprechen. Sie sollten auch nicht — wie dies nur allzuleicht geschieht — an der von andern Dienststellen als richtig erkannten Linie der Währungs- und Finanzpolitik vorbeidisponieren. Was bei den «Economic Reports» des amerikanischen Präsidenten einen guten Eindruck macht, ist, daß versucht wird, sehr unterschiedliche Gegenstände zusammenhängend zu behandeln.

Die Berichte Präsident Eisenhowers zeigen auch das Bestreben, die Maßnahmen der Gesetzgebung und Gesetzesanwendung gewissermaßen auf ein wirtschaftspolitisches *Leitmotiv* auszurichten: Vollbeschäftigung, hoher Stand von Produktion und Volkseinkommen. Davon ausgehend wird im Bericht vom letzten Januar das «legislative programm for 1960» in gesonderten Abschnitten, zum Beispiel auf den folgenden verschiedenartigen Gebieten, umrissen: Bundesfinanzen (Budgetpolitik), Wettbewerbspolitik (Anwendung der Antitrustgesetzgebung), Förderung von «small business», Agrarpolitik, Rohstoffpolitik, Förderung der wissenschaftlichen und technologischen Forschung, Wohnbaupolitik und selbstverständlich auch Außenhandelspolitik. Im zuletzt genannten Kapitel ist es für den europäischen Leser von besonderem Interesse, mit welcher Ausführlichkeit die Zunahme des Defizites der amerikanischen Ertragsbilanz erörtert wird, die übrigens von einer Verminderung des Anteils des amerikanischen Exportes von Industrieerzeugnissen am gesamten Export der Industrieländer begleitet war. Es werden größere Anstrengungen für den Export amerikanischer Waren und Dienstleistungen gefordert. Dabei wird aber gleich auch einschränkend gesagt, wo die relativ bescheidenen Einflußmöglichkeiten der öffentlichen Hand liegen, nämlich in der Verbesserung der Außenhandelsinformationen für die Exporteure und potentiellen ausländischen Kunden, in der Verstärkung der offiziellen amerikanischen Auslandvertretungen, in der Vermehrung der Handelsmissionen, die in andere Länder geschickt werden, sowie in der häufigeren Teilnahme der USA an ausländischen Messen. Abgesehen von diesen Maßnahmen der Regierung wird die Meinung vertreten, die Exportförderung habe in erster Linie eine Aufgabe der Privatwirtschaft darzustellen. Immerhin werde sich die Regierung für die Reduktion der quantitativen Einfuhrbeschränkungen einsetzen, welche die meisten Länder für Dollarwaren noch handhaben.

Aus diesen wenigen Beispielen ergibt sich auch, wo die Schwächen so allgemeiner Wirtschaftsberichte liegen. Eine gewisse Gefahr besteht zweifellos darin, daß sie sich im allgemeinen und in akademisch kühler Unverfänglichkeit erschöpfen, während den heißen Problemen ausgewichen wird. Im handelspolitischen Teil tritt diese Neigung deutlich in Erscheinung. Die Haltung des Präsidenten in bezug auf künftige Zollverhandlungen (z. B. im Rahmen des GATT) wird nicht behandelt, die Haltung der Regierung gegenüber protektionistischen Begehren der amerikanischen Industrie nicht umschrieben, ebenso nicht die amerikanische Einstellung gegenüber den verschiedenen antagonistischen Strömungen der europäischen Wirtschaftsintegration. Eher problematisch muten auch die Versuche an, gewisse Prognosen für den künftigen Konjunkturablauf zu stellen. Für das Jahr 1960 wurde die Vermutung ausgesprochen, die Ausgaben für Konsum- und Kapitalgüter würden zunehmen, während gleichzeitig eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten eintrete. Wenn man neueren Konjunkturberichten glauben darf, war nun aber mindestens in den Monaten unmittelbar nach Erscheinen des letzten «Economic Report» der als Folge des langen Stahlarbeiterstreiks vermutete Nachholbedarf der amerikanischen Wirtschaft kleiner als anfänglich angenommen wurde. Nach dem Januar 1960 ist jedenfalls die für den Konjunkturablauf besonders wichtige Produktion der amerikanischen Stahl- und

Automobilindustrie zum Teil rückläufig gewesen.

Für den Wirtschaftspolitiker ist es reizvoll, die Methoden der Wirtschaftsberichterstattung und Konjunkturbeobachtung in den USA mit den in Europa üblichen zu vergleichen. Solche Vergleiche vermitteln Anregungen für eventuelle Verbesserungen, die bei uns möglich wären, zeigen aber auch einige Gefahren, die es zu vermeiden gilt.

*Bernhard Wehrli*

## VERSACHLICHUNG DER LOHNPOLITIK

Lohntheorie und Lohnpolitik bedürfen in der modernen industriellen Gesellschaft wegen ihrer konjunkturpolitischen Bedeutung einer sachlicheren Pflege als es durch gewerkschaftliche Machtansprüche oder verteilungspolitische Forderungen heute üblich ist. Einer Abklärung über gesamtwirtschaftlich richtiges Verhalten in der Lohnpolitik im allgemeinen Interesse der Geldstabilität dient eine konstruktive Studie der von Prof. Alexander Rüstow präsidierten «Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft E. V.», verfaßt von ihrem geschäftsführenden Vorstandsmitglied *Wolfgang Frickhöffer* unter dem Titel *Falsche Fronten in der Lohnpolitik*[1].

Die zur Geldwertstabilität benötigte Anpassung der Konsumgüternachfrage, deren wesentlichsten Teil ja die Löhne bilden, an das Konsumgüterangebot ist ein eminent konjunkturpolitisches Problem. Eine gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik, durch welche preissteigernde Wirkungen nomineller Lohnerhöhungen vermieden werden, liegt der vorliegenden Untersuchung zugrunde. Die Ansicht, ein höherer Anteil am Volkseinkommen lasse sich durch Kampf oder Druck der Gewerkschaften von den Unternehmern erzwingen, läßt, wie der Verfasser einleitend betont, die Kreislaufzusammenhänge in der Volkswirtschaft außer acht.

Nach Darlegung der Preis- und Lohnbildung bei hohem Beschäftigungsgrad tritt die Publikation der Meinung entgegen, daß Lohnfragen, bezogen auf den Reallohn, bloße Machtfragen seien. Den Arbeitern können tatsächlich die Vorteile höherer Produktivität nicht vorenthalten werden. Hinsichtlich der Verteilung des Volkseinkommens wird die Frage untersucht, wie es mit dem Konsumanteil anderer Gruppen und mit der zum volkswirtschaftlichen Wachstum unentbehrlichen Investitionsquote steht. Dazu wird (für Westdeutschland) nachgewiesen, daß selbst bei einer mit 8% hoch angenommenen Sparquote der Arbeitnehmer ca. 80% des gesamten privaten Verbrauchs auf ihr Masseneinkommen entfallen. Vom weit geringeren Anteil der Selbständigen wäre mit lohn- oder steuerpolitischen Maßnahmen nur wenig umzuteilen.

Unter Berücksichtigung aller Faktoren, die den Geldwert beeinflussen, kann das berechtigte Ziel einer Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Volkseinkommen realistisch nur *über den Weg der Eigentumsbildung* erreicht werden. Wenn der Arbeitnehmer nicht stärker spart, müssen die Mittel für Investitionen von den Unternehmern aus den Preisen aufgebracht werden. Wenn er aber mehr spart, folgt durch Schmälerung der Güternachfrage ein Druck auf die Preise. Daher brauchte der Arbeiter seinen Konsum nicht im gleichen Umfange einzuschränken wie er spart. Ein zunehmender Sparentschluß oder eine das Sparen anregende Sparverpflichtung durch Bindung bestimmter Teile von Lohnerhöhungen für Sparzwecke (Investitionslohn) erweitern den Spielraum für Lohnerhöhungen. Eine Erhöhung des Anteils am Volkseinkommen ist demnach nicht durch die Lohnpolitik, sondern durch wachsende Eigentumsbildung herbeizuführen.

Die bei besonders günstigen Ertragsverhältnissen relativ hohen Löhne dürfen kei-

[1] A. S. M.: Heidelberg, Dantestr. 24.

nesfalls als Maßstab für das allgemeine Lohnniveau dienen. Wenn sich starke Gewerkschaften aus dem Spielraum für Lohnerhöhungen einen zu großen Anteil sichern, so geschieht das auf Kosten der andern Arbeitnehmergruppen. Der durch die «Vorreiter-Gewerkschaften» zu hoch angesetzte Maßstab treibt nur das Preisniveau in die Höhe. Der Vorteil der starken Gewerkschaften ist daher nur vorübergehend, den Nachteil haben die schwachen.

Der Verfasser hält, um ein der Geldwertstabilität entsprechendes Lohnniveau zu halten, ein unabhängiges Gremium für unerläßlich, zu stetiger Beobachtung aller Vorgänge, nicht nur der Lohnpolitik, die auf die Preise wirken. Es ist gänzlich fruchtlos, die Verantwortung für die Preisentwicklung hin und her zu schieben, aber auch widersinnig, eine durch Preisanstieg bewirkte zu große Nachfrage durch Lohnerhöhungen noch mehr zu vergrößern. Das Interesse beider Parteien konvergiert auf ein volkswirtschaftlich *an der Geldwertstabilität orientiertes Lohnniveau.* Diese Versachlichung der Lohnpolitik verlangt freilich das verantwortungsbewußte Einordnen in eine konsequente marktwirtschaftliche Politik des Wettbewerbs, ohne Subventionen und gezielten Interventionismus.

*Hans Lüthi*

## QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

### *Internationale Wirtschaftspolitik*

Je näher der 1. Juli 1960 mit seinen Zollsenkungen im Gefüge der europäischen Wirtschaftsblöcke heranrückt, um so intensiver beschäftigen die Probleme der *ökonomischen Integration* die Wirtschaftspresse. Heute möge wieder, auch mit Rücksicht auf den interessanten und erschöpfenden Aufsatz von Jean-Charles Snoy: «Die europäische Einigung in einer neuen Phase» in der Mainummer der «Schweizer Monatshefte», aus dem Übermaß der diesbezüglichen Informationen nur das Wichtigste herausgegriffen werden. Je mehr wir uns der Jahresmitte nähern, um so plastischer tritt der Gegensatz zwischen den maßgeblichen Politikern und den Repräsentanten der Wirtschaft hervor: bei den Politikern gehört es offenbar zum guten Ton, ständig von der Notwendigkeit eines Brükkenschlages zwischen EWG und EFTA zu reden, ohne durchgreifende Anstalten zu seinem Bau zu treffen — in Zeiten der verunglückten Pariser Konferenz wahrlich ein bestürzendes Armutszeugnis für das vom Kommunismus bedrohte Westeuropa —; die Wirtschaftler dagegen drängen in beiden Lagern mit steigender Vehemenz auf den Ausgleich zwischen den zwei Zonen. In dieser Richtung läßt sich die «Schweizerische Wirtschaftszeitung», Nr. 4, am eindringlichsten verlauten, wenn sie in Abweichung von der sonst verbreiteten öffentlichen Meinung der Schweiz für die bilaterale Assoziation ihres Landes mit der EWG eintritt. Den gleichen Vorschlag macht in der letzten Generalversammlung der Basler Aktiengesellschaft Direktor Dr. A. Buß (vgl. «Finanz und Wirtschaft» vom 18. 3.). Auch im «Economist» vom 26. 3. ist die Zuversicht in die Bekömmlichkeit der Kleinen Freihandelszone für die Schweiz (wie für Österreich) nur gedämpft: mit einem Aufsatz unter dem Titel: «Alpine Isolationists» bemerkt das Blatt, daß den beiden Alpenländern bei einem Scheitern der Einigungsversuche zwischen den Sechs und den Sieben nur der Ausweg separater Verständigung mit der EWG offenstehe. In der «SHZ» vom 10. 3. bezeichnet der vorher zitierte belgische Baron Snoy, einer der Initiatoren des Römer Vertrages über den Gemeinsamen Markt, den sogenannten «Dillonplan», die aktive Einschaltung der Amerikaner in die europäischen Belange, als die einzige Schlichtungsmöglichkeit für die kontinentalen Streitigkeiten. Allerdings hat

sich der amerikanische Unterstaatssekretär Dillon, wie die «NZZ» in ihren Nrn. 122 vom 4. und 132 vom 14. 5. meldet, neuerdings nicht günstig für die Verständigung zwischen den beiden europäischen Wirtschaftsgruppen vernehmen lassen. Nicht mit der gleichen Entschiedenheit wie der liberale Manchester «Guardian», aber immer noch deutlich genug befürwortet der «Economist» am 9. 4. die Annäherung Englands an die EWG; am 30. 4. läßt er sich von einem Spezial-Korrespondenten über «die Warnungen Hollands an die Sieben» informieren, und in einem besonders hervorgehobenen Artikel zieht er am 28. 5. aus dem Scheitern der Gipfelkonferenz die Folgerung, daß Englands alte Taktik sich überlebt habe, «Gegenkoalitionen zu organisieren»; an die Stelle des «balance of power»-Spiels sei der Zwang zur Einigung Westeuropas getreten. Die Wiener «Industrie» vom 1. 4. erteilt den Ratschlag, den deutschen Widerstand gegen den Hallstein-Plan (zur Beschleunigung der EWG) nicht zu überschätzen. Am 29. 4. sieht sie sich genötigt, die «Hoffnung auf Einigung EWG-EFTA unrealistisch» zu nennen. Die «SHZ» versieht am 21. 4. ihre Betrachtungen zur Integrationsfrage unter der Überschrift: «Koordinierte Zollpolitik der EWG, EFTA und OECE» mit einem Fragezeichen. Recht lebendig wirkt im «Wochenbericht» des Bankhauses Bär vom 6. 5. ein Aufsatz mit dem Titel: «Konsequenzen der Wirtschaftsintegration». Vor allem aber ist das Doppelheft März/Juni der «Außenwirtschaft» hervorzuheben; über «EWG und EFTA in schweizerischer Sicht» verbreitet sich eine Reihe namhafter Autoren, unter ihnen die Professoren Dr. Hans Bachmann, Dr. Alfred Boßhardt (beide St. Gallen) und Dr. Otto Angehrn (Basel). Der Anschluß der Schweiz an die EFTA wird im Mai von der Werkzeitung der schweizerischen Industrie «ein folgenschwerer Entscheid» genannt. Die Zeitschrift Deutschland-Schweiz nagelt ebenfalls im Mai mit Betrübnis das offenbar mangelnde Interesse der Schweizer Exporteure an den für Juli zu erwartenden europäischen Zollsätzen fest. Der Lissaboner Schlußresolution und der Konsolidierung der EFTA wendet die «NZZ» am 22. und 23. 5. (Nrn. 140 und 141) ihre Aufmerksamkeit zu; am 25. 5. spricht die «SHZ» von der «EFTA mit liberaler Konzeption».

Im Zusammenhang mit der europäischen Blockbildung haben während unserer Berichtsperiode auch die Vorgänge um die *OEEC* die Aufmerksamkeit der Wirtschaftspresse wachgehalten. Der «Economist» wartet am 23. 4. mit einem «Requiem für die OEEC» auf, und die «NZZ» vom 27. 4. (Nr. 115) bespricht den letzten Jahresbericht dieses Staatenbundes. Seine Reform auf der Grundlage des in der Fachwelt recht umstrittenen Gutachtens der 4 «weisen» Experten, das durch einen präziseren Vorschlag zu korrigieren die Schweiz auf der Lissaboner EFTA-Konferenz Mitte Mai als Verdienst für sich in Anspruch nehmen kann, beschäftigt ebenfalls die «NZZ» in ihren Nrn. 62, 103, 109, 144 und 145, «La Suisse Horlogère» vom 28. 4. und die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» am 6. und 27. 5. — Daß bei der Prüfung, ob der Stockholmer Vertrag über die Kleine Freihandelszone sich mit den Regeln des *GATT* verträgt, von den Mitgliedern der EFTA in der am 16. 5. eingeleiteten Session des GATT Schwierigkeiten zu überwinden sind, wird dem «Economist» am 21. 5. aus Genf berichtet. Auch «La Suisse Horlogère» widmet am 26. 5. dieser «sechzehnten GATT-Tagung ihren Einleitungsartikel. — Bezüglich der *konjunkturellen* Situation in der Weltwirtschaft sind Erklärungen des Generaldirektors im Internationalen Währungsfonds, des den Lesern der «Schweizer Monatshefte» nicht unbekannten Schweden Per Jacobsson, über die verminderte Inflationsgefahr wichtig; sie gibt die «NZZ», Nr. 97 vom 17. 4., wieder. Auch wird ein redaktioneller Beitrag zu der «SHZ» vom 31. 3.: «Die Konjunkturüberhitzung in Europa» Beachtung finden. — Auf dem Gebiete des *Kapital- und Geldmarktes* sind Ausführungen des Präsidenten Eugene R. Black über die «steigenden Ausleihungen seiner Weltbank» bemerkenswert (siehe «NZZ», Nr. 105 vom 15. 4.). — «Die britische Hilfe an *unterentwickelte Länder*» beleuchtet an Hand eines Weißbuches der englischen Regierung der Londoner Korrespondent der «NZZ» in deren Nr. 75 vom 16. 3.

Die gleiche Zeitung verweist am 20. 3. (Nr. 79) auf das bevorstehende Programm der EWG für die Entwicklungshilfe. In der Märzausgabe der deutschen «Gewerkschaftlichen Monatshefte» untersucht Werner Plum die «Aspekte der europäischen Entwicklungshilfe», und das Schweizerische Ostinstitut lenkt mit seinem «Wirtschaftsdienst» Nr. 9 den Blick auf die Förderung rückständiger Gebiete durch die Sowjets. Im amerikanischen Wirtschaftsmagazin «Challenge» vom März stellt Henry G. Aubrey lobend fest, daß die europäischen Verbündeten der USA auf den Kopf ihrer Bevölkerung fast ebensoviel an Opfern für die zurückgebliebenen Staaten leisten wie die USA. Auch die in Braunschweig erscheinenden «Wirtschaftsführer-Briefe» beschäftigen sich am 2. 5. mit der «Entwicklungshilfe und ihrer Problematik». Die vorzüglich redigierten «Vierteljahresberichte» der Skandinaviska Banken enthalten in ihrer deutschen Ausgabe vom April einen lesenswerten Aufsatz über die «schwedische Hilfe an unterentwickelte Länder». — Endlich stellt die Wiener «Industrie» am 25. 3. die Forderung: ein Anti*dumping*gesetz sei notwendig, und die «SHZ» vom 7. 4. referiert über «die Dumpingpolitik der EWG».

*Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen*

Von den speziell für die Schweizer Wirtschaft wichtigen Problemen steht die Beobachtung der *Konjunktur* für die ökonomische Presse im Vordergrund ihrer Überlegungen. In der diesjährigen Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank, über deren Aufbau und Aufgaben die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» am 15. 3. orientiert, wird konjunkturpolitische Disziplin verlangt (dazu «Basler Nachrichten» vom 21. und «Finanz und Wirtschaft» vom 22. 3.) und in ähnlichem Sinne vor «Überexpansion und Verschuldung» gewarnt (so die «SHZ» vom 24. 3.). Aus dem Bericht des Nationalbank-Direktoriums für 1959 geht die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» im April auf die Ausführungen über den Konjunkturverlauf in der Schweiz ein. Daß die Konsumwelle nach wie vor ungebrochen verläuft, stellt die «SHZ» am 14. 4. mit Befriedigung fest. Aufmerksam wird der Leser den Bericht der Kommission für Konjunkturbeobachtung über die Wirtschaftslage im 1. Quartal 1960 verfolgen, der als Beilage zum Maiheft der «Volkswirtschaft» erschienen ist. Bestand und Bewegung der Kapitalgesellschaften (AG. und GmbH.) im Jahre 1959 nimmt das Eidgenössische Statistische Amt im 3. Heft der «Volkswirtschaft» unter die Lupe. Den «Wirtschafts-Winken» kann man im April wertvolle Angaben über den Industrialisierungsgrad, die Kapitalaufwendungen auf den Kopf der Erwerbstätigen und die Arbeitszeit in der Schweiz und im Ausland entnehmen, die zum Kaufe von Lebensmitteln erforderlich ist. — «Neue Rekordziffern im schweizerischen *Außenhandel*» während des ersten Quartals 1960 vermerkt «Finanz und Wirtschaft» vom 24. 5. an führender Stelle mit Genugtuung. — Der Schweizerischen Bankgesellschaft macht in ihrem Jahresbericht für 1959 der Umstand erhebliche Sorge, daß eine kritische Verengung des *Arbeitsmarktes* in Sicht ist. Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 22. 4. verneint die Frage, ob die Schweiz mit einer Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit dem Ausland vorangehen sollte. — Das Fachgebiet der *Finanzen* wartet mit eindrucksvollen Artikeln auf: Professor Dr. Jürg Niehans (Erlenbach) und Dr. Rudolf Bitterli (Zürich) verbreiten sich in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom März über «den schweizerischen Kreditmarkt und das Gesetz von Angebot und Nachfrage», das ihn gestalten hilft. In der «Steuer-Revue» vom April behandelt Professor Dr. Emil Küng (St. Gallen) den Einfluß der Steuerbelastung auf die Arbeitsleistung. Die Ansprache des Präsidenten Dr. Rudolf Speich vor der Generalversammlung des Schweizerischen Bankvereins am 4. 3. hat «Gedanken über die Kreditpolitik der Banken» zum beherrschenden Thema; man vergleiche dazu das «Bulletin» der Bank vom April. Die Frankfurter «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Mai gedenken der Darlegungen, die von der Betriebsleitung der Ciba auf deren letzter Ge-

neralversammlung über «Konstanz und Dynamik im geschäftlichen Leben» gemacht worden sind. — Wertvoll ist *im übrigen* ein Artikel aus den «Wirtschafts-Winken», Nr. 3; hier bezeichnet Fritz Weißbach die Beratung der industriellen Betriebsleitung als die Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit. Ferner wird eine Sonderbeilage über die PTT zu der «SHZ», Nr. 9, gern gelesen werden. Dr. P. Läubin (Winterthur) schreibt in der «Steuer-Revue», Nrn. 3 bis 5, über «die steuerrechtliche Behandlung der Lebensversicherung nach den Gesetzen des Bundes und der Kantone». Dr. W. Bäggli (Bern) geht in der «Agrarpolitischen Revue», Nr. 6/7, auf «Wandlungen in der schweizerischen Agrarstruktur» ein. Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» weist in Nr. 4 auf «notwendige Entscheidungen in der schweizerischen Uhrenindustrie» hin, und auch in der «Agrarpolitischen Revue» vom April wird auf die «Strukturkrise» in diesem Produktionszweig aufmerksam gemacht. — Endlich ist der diesjährigen *Basler Mustermesse* «La Suisse Horlogère» vom 21. 4. in der Hauptsache und sind ihr Sonderbeilagen zur «SHZ» vom 21. und 28. 4 gewidmet. Den Aufruf des Bundespräsidenten Petitpierre anläßlich dieser Messe kann man in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 22. 4. verfolgen.

*Informationen aus Ländern wirtschaftlichen Interesses für die Schweiz*

*1. Aus Europa:* Die Hemmnisse auf dem Wege der *Benelux-Union* charakterisiert der holländische Korrespondent des «Economist» am 19. 3. — Die Konjunktur- und Finanzpolitik der *deutschen Bundesrepublik* wurde von Bundesfinanzminister Etzel am 1. 4. zum Leitsatz eines Vortrages vor der Handelskammer Deutschland-Schweiz in Zürich gemacht; Interessenten können die Ausführungen des Ministers im Organ dieser Handelskammer, Heft 4, und in der «NZZ», Nr. 93 vom 3. 4., nachlesen. — Erklärungen über die Wirtschafts- und Währungslage *Frankreichs* vor der Pariser Presse aus dem Munde des Finanzministers Baumgartner reproduziert die «NZZ», Nr. 71 vom 12. 3.; auf die wachsenden Währungsreserven des Landes macht sie am 6. 4. in Nr. 96, auf dessen Konjunktur- und Kreditentwicklung am 13. 4. in Nr. 103 und auf die französische Zahlungsbilanz am 22. 4. und 7. 5. in den Nrn. 110 und 125 aufmerksam. «Der klare Blick» vom 20. 4. verurteilt «das Flirten französischer Industrieller mit Moskau». Nach Ansicht der Wiener «Industrie» vom 22. 4. wird Frankreich mehr und mehr «weltmarktbewußt», es verliert seine Illusionen im Osthandel; am 20. 5. spricht sie von «neuen sozialen Tendenzen in Frankreich». Eine Broschüre über «Frankreichs Volkswirtschaft» mit reichlichem Material stammt im April aus dem Hause der Schweizerischen Bankgesellschaft. — Die Entwicklung der Zahlungsbilanz *Großbritanniens* erörtert die «NZZ», Nr. 98 vom 8., «neue Kreditrestriktionen» dort in den Nrn. 118 vom 30. 4. und 132 vom 14. 5. Die «SHZ» vom 14. 4. bezeichnet «England als weiche Stelle» in der EFTA-Politik. — «*Italiens* Handelsbeziehungen zur Schweiz» in den Jahren 1953 bis 1959 werden von Dr. Livio Magnani (Rom) in der «SHZ» vom 17. 3. geschildert. — Über die Zahlungsbilanz 1959 und die Entwicklung der Wirtschaft in den *Niederlanden* kann man Genaueres in der «NZZ», Nrn. 132 und 133 vom 14. und 15. 5., lesen. — Der Präsident der Vereinigung österreichischer Industrieller, Dr. Hans Lauda, äußert in der Wiener «Industrie» vom 11. 3. Gedanken zur Integrationsdebatte in *Österreich;* der bisherige Finanzminister, Dr. Kamitz, läßt sich über den Konjunkturverlauf seines Landes vernehmen (vgl. «NZZ», Nr. 121 vom 3. 5.). Wie in früheren Perioden so bringen die «Informationen aus Österreich» auch diesmal wieder am 9., 16. und 23. 5. geschäftlich gut verwendbares Material aus dem Wirtschaftsleben des Nachbarstaates. — Den Inhalt eines neuen Gesamtarbeitsvertrages in *Schweden* schildert die «NZZ» mit Nr. 82 vom 23. 3., das schwedische Stabilisierungsprogramm in Nr. 100 vom 10. 4., und am 28. 4. behandelt sie in Nr. 116 die «Begrenzung der schwedischen Baukonjunktur». — Daß die Landwirtschaft *Spaniens* über Entfaltungsmöglichkeiten verfügt, bildet das Thema eines Beitrages von

Hans-Otto Glahn (Madrid) zum Hamburger «Wirtschaftsdienst», Heft 3.

2. *Aus der außereuropäischen Welt:* Vor der «Inflationsgefahr in *Australien*» warnt die «NZZ» in Nr. 105 vom 15. 4., über den Kampf dagegen berichtet sie in Nr. 138 vom 20. 5. — Die wirtschaftliche Integration in *Lateinamerika* hat ein lebhaftes Echo in der europäischen Wirtschaftspresse geweckt. So beschäftigt sich mit ihr «La Suisse Horlogère» am 3. 3.; als «Ziele der Südamerika-Freihandelszone» bezeichnet die «SHZ» am 14. 4. die Sicherung eines größeren Binnenmarktes und die rationellere Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedern. Dr. Ernest Feder (Universität in Nebraska) stellt im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom März «Betrachtungen über den Gemeinsamen Markt in Südamerika» an. Von Investitionsprojekten dort wird der «Finanz und Wirtschaft» am 3. 5. durch ihren Korrespondenten aus Buenos Aires berichtet.

Über «die ausländische Finanzhilfe an *Ägypten*» läßt sich die «NZZ», Nr. 110 vom 22. 4., aus Kairo Einzelheiten melden. — Am 1. 4. setzt «Finanz und Wirtschaft» mit dem Leitartikel die Informationen über *Argentinien* fort. — Eine erschöpfende Aufklärung über *Indiens* politische, wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse bringt der «Economist» am 26. 3. — *Indonesiens* Lage behandelt in breitem Rahmen Professor Dr. Werner Kündig (1955/56 Djakarta) in der «SHZ» vom 5. und 12. 5. — Über eine «Umwälzung in der Uranindustrie *Kanadas* referiert der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins im März. Ebenso verbreitet sich «Finanz und Wirtschaft» am 29. 4. über die dortigen Uranwerte. — Der Frankfurter «Volkswirt» wartet am 14. 5. in einem Beitrag von Dr. H. E. Freudenberg: «Hintergründe der *japanischen* Konkurrenz» mit wichtigen Produktionszahlen aus der Wirtschaft des ostasiatischen Landes auf, die wegen ihres Seltenheitswertes unseren interessierten Lesern nicht vorenthalten bleiben sollen:

| Jahr | 1913 | 1926 | 1936 | 1947* | 1958 |
|---|---|---|---|---|---|
| Roheisen in Mill. t | 0,2 | 0,8 | 2,0 | 0,4 | 7,4 |
| Rohstahl in Mill. t | 0,2 | 1,5 | 4,9 | 0,9 | 12,1 |
| Zement in Mill. t | 0,7 | 3,0 | 5,7 | 1,2 | 15,0 |
| Baumwollgarn in 1000 t | 305 | 520 | 725 | 125 | 439 |
| Baumwollgewebe in Mill. m² | 420 | 1235 | 1820 | 773 | 2640 |
| Schiffbau in 1000 BRT | 65 | 100 | 295 | 148** | 2056 |
| Stromverbrauch in Mrd. kWh | — | 12,5 | 24,3 | 32,6 | 81 |

* Rückgang als Folge des 2. Weltkrieges.
** 1949.

«Die Entwicklung der japanischen Währungsreseven» bespricht die «NZZ» in Nr. 140 vom 22. 5.

*Wirtschaftsprobleme in den USA*

«Prosperity in Perspective» nennt der «Economist» einen Aufsatz, mit dem er am 12. 3. seinen «amerikanischen Überblick» einleitet. Am 23. 4. heißt an gleicher Stelle der Titel: «Träger Start in die goldenen sechziger Jahre.» Der Schwerpunkt liegt im New-Yorker Wirtschaftsmagazin «Challenge» vom März in der bejahenden Antwort auf die Frage, ob Vollbeschäftigung ohne Inflation denkbar ist. Dr. Melchior Palyi (Chicago) be-

gründet in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 25. 3. seine Annahme, daß ein «abgeschwächter Boom» drüben die künftige *Konjunktur*situation beherrschen wird. — Die Schweizerische Bankgesellschaft befürchtet in Nr. 74 ihrer englisch geschriebenen «Prospects» das Heraufziehen eines neuen *handelspolitischen* Konfliktes zwischen der Schweiz und den USA, der sich aus dem in Washington vorliegenden Antrag auf Einführung eines Wertzolles von 30% für Schreibmaschinen ergeben könnte. Dieses Verlangen bietet auch dem Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom April Gelegenheit, von der «Wiederbelebung protektionistischer Handelspolitik in den USA» zu sprechen. Das mit der wachsenden Konkurrenzfähigkeit Westeuropas und Japans verschärfte «Problem der amerikanischen Einfuhren» prüft «Finanz und Wirtschaft» am 10. 5. — Schließlich wird das gegenüber 1958 im letzten Jahre von 3,4 auf 3,7 Mrd. Dollar gestiegene Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz von der «NZZ» mit Nr. 72 am 13. 3. zergliedert. «Kreditausdehnung und Zinssätze» in der Neuen Welt behandelt das Bankhaus Bär in seinem «Wochenbericht» vom 1. 4. «Finanz und Wirtschaft» schildert am 22. 4. den Expansionsdrang amerikanischer Firmen nach Westeuropa, Fritz König (Zürich) im «Internationalen Gewerbearchiv» vom März «Eindrücke über das Bauhandwerk in den USA». Die Verbände der Unternehmer in den USA werden von der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» am 8. 4. gekennzeichnet.

*Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel*

Aufklärung über die *Bevölkerung* in Rußland, ihre Zahl, die Verteilung auf Nationalitäten und den Altersaufbau, vermittelt der «Economist» am 12. 3. In der verspätet erst jetzt erschienenen «Osteuropa-Wirtschaft», Heft 2, verwertet ihr Schriftleiter Hans Bräker zahlreiche statistische Zusammenstellungen zur Stütze seiner Ausführungen über die «Integration durch *Außenhandelsverflechtung* und industrielle Arbeitsteilung» des Ostblocks. «Wandlungen der sowjetischen Wirtschaftspolitik» verfolgt Bodo Böttcher in Folge 4 des Frankfurter «Europa-Archivs» gelegentlich einer Rezension ökonomischer Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. Über «das Industriepotential des Ostblocks» berichtet der vom Schweizerischen Ost-Institut herausgegebene «Wirtschaftsdienst» am 23. 3., über die «Revolution der ostdeutschen Landwirtschaft» der «Economist» am 9. 4. Auf die diesjährige Leipziger Messe und ihre Geschäftsabschlüsse geht wieder der «Wirtschaftsdienst» des Ost-Institutes am 17. 3. ein; am 6. 4. befaßt er sich mit dem «rumänischen Maschinenbau». Der Stuttgarter Wochenzeitung «Christ und Welt» entnahmen wir am 21. 4. einen fundierten Beleg für die These, daß die Ausfuhrfähigkeit der Sowjetwirtschaft von heute in Zukunft um rund 8 Mrd. Dollar gesteigert werden kann.

Schon im «Querschnitt» vom April war der Münchener Monatsschrift «Hinter dem Eisernen Vorhang» aus Anlaß eines Artikels in ihrer Nr. 1: «Stoßrichtung des roten Handels» zu gedenken; in der Nr. 2 vom März bringt sie den Abschluß dieser Arbeit. Einen speziell die Schweiz betreffenden Ausschnitt aus der Gesamtheit des *West-Ost-Handels* zeichnen im April und Mai die Nrn. 15 bis 20 des vorher zitierten «Wirtschaftsdienstes»; der schweizerische Osthandel wird hier nach Staaten (einschließlich Chinas und Jugoslawiens) und Warengruppen zergliedert.

(geschrieben Anfang Juni 1960)

*Hans Posse*